

Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI-Verteilungsbericht 2015

Die deutsche Konjunktur befindet sich seit einigen Jahren im Aufwind. Die Erwerbsbeteiligung hat ein Rekordniveau erreicht, und zumindest in den letzten Jahren sind auch die Löhne und Gehälter real angestiegen. Trotzdem gehen weder die Einkommensungleichheit noch die Armutsquoten zurück. Der diesjährige WSI-Verteilungsbericht belegt, dass der Aufschwung längst nicht alle erreicht hat.¹

DOROTHEE SPANNAGEL

1. Einleitung

Deutschland ist besser durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen als die meisten europäischen Länder und erlebt seit einigen Jahren einen deutlichen konjunkturellen Aufschwung. Die Erwerbstätigkeit ist auf Rekordniveau, und auch die Reallöhne sind zuletzt angestiegen. Dennoch, das zeigt der diesjährige WSI-Verteilungsbericht, geht die Einkommensungleichheit nicht zurück. Sie ist vielmehr am aktuellen Rand wieder leicht angestiegen. Offensichtlich können nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen von dem konjunkturellen Aufschwung profitieren. Dies aufzuzeigen und die Gründe dafür zu analysieren, ist Anliegen dieses Verteilungsberichts.²

Der Bericht gliedert sich in fünf Teile: In Abschnitt 2 werden Ansätze zur Messung von Armut, Reichtum und Ungleichheit diskutiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Konzepten der Armutsforschung sowie auf Ansätzen zur Erfassung von Spitzenreichtum. Abschnitt 3 stellt Eckdaten zur gesamtwirtschaftlichen Lage dar. Anschließend werden die Entwicklungen der funktionellen Einkommensverteilung analysiert (4). Die Frage, wie sich Armut, Reichtum und Ungleichheit entwickelt haben, steht im Zentrum des fünften Abschnitts (5). Daran schließt sich die zusammenfassende Bewertung und Diskussion der Ergebnisse an (6).

2. Die Messung von Einkommen, Armut und Reichtum

Die folgende Analyse stützt sich in weiten Teilen auf die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), das trotz aller Beschränkungen (siehe 2.2) eine unverzichtbare Datenquelle darstellt. Das SOEP ist eine seit 1984 (in Westdeutschland) bzw. 1990 (in Ostdeutschland) jährlich durchgeführte repräsentative Panelerhebung. Themenschwerpunkte sind unter anderem das Einkommen, die Erwerbssituation und die soziale Lage der befragten Haushalte und Personen (für weitere Informationen zum SOEP siehe Wagner et al. 2008). Die Einkommensangaben im Verteilungsbericht beziehen sich auf die verfügbaren Jahreseinkommen eines Haushalts im Jahr vor der jeweiligen Befragung. Die neuesten Daten, die derzeit zur Verfügung stehen, sind die der Befragungswelle von 2013. Die aktuellsten Einkommensdaten beziehen sich dementsprechend auf das Jahr 2012.

1 Für die Unterstützung beim Erstellen dieses Berichts, insbesondere bei der Aufbereitung der Daten, geht mein herzlicher Dank an Patrick Motté.

2 Eine ausführlichere Version des Verteilungsberichts ist als WSI-Report publiziert (Spannagel 2015).

Wenn im Folgenden im Verteilungsbericht von Reichtum und Armut die Rede ist, beziehen sich diese Begriffe ausschließlich auf das Einkommen. Sie werden, wie es in der Forschung üblich ist, relativ zur Gesamtverteilung der verfügbaren Einkommen definiert. Als Bezugsgröße wird das Medianeinkommen verwendet.³ Als *einkommensarm* wird definiert, wer in einem Haushalt lebt, dem weniger als 60 % dieses Medianeinkommens zur Verfügung stehen. Diese Armutsgrenze lag im Jahr 2012 für einen Einpersonenhaushalt bei rund 1.000 € netto im Monat bzw. für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei etwa 2.100 € monatlich. Für *Einkommensreichtum* wird die Grenze bei dem Doppelten des mittleren Einkommens gezogen. Im Jahr 2012 war dies für einen Einpersonenhaushalt ein verfügbares Einkommen von etwa 3.300 € pro Monat und für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren rund 6.900 €. Diese 200%-Schwelle hat sich in der Forschung zur Abgrenzung von Einkommensreichtum etabliert (siehe etwa BMAS 2013) und wird deshalb auch in diesem Bericht verwendet – auch wenn man sicherlich hinterfragen kann, ob ab einem solchen Wert bereits von Einkommensreichtum die Rede sein sollte. Zur Klarstellung: Die im Verteilungsbericht analysierten Daten zu *Einkommensreichtum* beziehen sich auf das breite untere Ende und nicht auf die Spitze des Einkommensreichtums. Dennoch: Mit der Gruppe der Einkommensreichen nach der 200%-Grenze lässt sich sehr wohl eine ganz zentrale Facette sozialer Ungleichheit erfassen. Schon mit einem solchen Einkommen sind in Deutschland viele Aspekte einer überdurchschnittlich guten sozialen Lage verknüpft.

2.1 Die Erfassung von Einkommen

Der nachfolgenden Analyse seien ein paar methodische Anmerkungen vorausgeschickt: Die verfügbaren Haushaltseinkommen umfassen die Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder, also die Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen, inklusive Transferzahlungen wie etwa Rentenbezüge, Kinder- oder Arbeitslosengeld. Um Einkommensvorteile durch selbstgenutztes Wohneigentum zu berücksichtigen, wurden außerdem die fiktiven Mieteinnahmen einer selbstgenutzten Wohnung über die sogenannte „imputed rent“ berücksichtigt. Diese Einkommensdaten wurden dann in zwei Schritten aufbereitet: Zunächst wurden diese mithilfe des Verbraucherpreisindizes des Statistischen Bundesamtes inflationsbereinigt. Im Ergebnis erhält man standardisierte Werte, die über die Jahre hinweg verglichen werden können. Im vorliegenden Bericht sind alle Einkommensdaten in Preisen von 2010 angegeben. Zudem müssen für die Vergleichbarkeit der Einkommen unterschiedliche Haushaltsgrößen und Haushaltszusammensetzungen berücksichtigt werden. Mithilfe der „neuen OECD-Skala“ wurden die Einkommen deshalb um die Einsparungen durch gemeinsames Wirtschaften bereinigt. Bei dieser Skala wird die erste erwachsene

Person in einem Haushalt mit einem sogenannten Äquivalenzgewicht von 1,0 berücksichtigt. Weiteren Haushaltsmitgliedern über 14 Jahren wird der Wert 0,5, Kindern ein Wert von 0,3 zugeordnet. Die über verschiedene Haushaltstypen vergleichbaren Einkommen erhält man, wenn man das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Äquivalenzgewichte aller Haushaltsmitglieder teilt. Die „Äquivalenzgewichtung“ trägt der Tatsache Rechnung, dass größere Haushalte zwar grundsätzlich höhere Ausgaben für Strom, Wasser, Nahrungsmittel etc. haben, sich aber auch Einsparungen ergeben, da auch solche Haushalte etwa nur einen Kühlschrank oder nur einen Telefonanschluss benötigen. Das hier nur knapp skizzierte Verfahren zur Aufbereitung von Einkommensdaten ist, obgleich seit Jahren etabliert, schon seit einiger Zeit Gegenstand kontroverser Diskussionen.

2.2 Die Erfassung von Spitzenreichtum

Wie schon in Abschnitt 2.1 aufgezeigt, ist die Erhebung und Berechnung von Einkommensdaten grundsätzlich sehr komplex. Zu Recht gilt das Thema Einkommen in Umfragen wie dem SOEP als äußerst sensibel (vgl. hierzu auch Unger et al. 2013, S. 56ff.). Die Befragten machen überdurchschnittlich oft ungenaue, meist zu niedrige, Angaben: sei es aus Unkenntnis, sei es bewusst. Die Untererfassung von Einkommen betrifft dabei weniger die Einkommensmitte oder das untere Ende der Verteilung. Vor allem geht es um hohe und sehr hohe Einkommen. Personen, die über solche Einkommen verfügen, sind in Umfragen generell schwer repräsentativ zu erfassen. Damit wird auch das Ausmaß der Ungleichheit tendenziell untererfasst. Dass sehr reiche Personen etwa im SOEP nur unzureichend vertreten sind (Bach et al. 2009), ist aber vor allem problematisch, weil Reichtum, insbesondere Spitzenreichtum, immer noch eine empirisch weitgehend unbekannte Größe ist. Dies gilt umso mehr für *Vermögensreichtum*.

Wir wissen bis heute kaum etwas darüber, wie die Spitze des Einkommens- und Vermögensreichtums aussieht, an der sich sehr große ökonomische, soziale, aber auch politische Macht konzentriert. Allerdings hat Piketty (2014) mit seinem internationalen Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ dazu beigetragen, dass die oberste Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung endlich stärker in den Blick genommen wird. Zudem gibt es aktuell in der Forschung erste Ansätze, den Spitzenreichtum in Deutschland zu erfassen. Eine wichtige neue Datengrundlage hierfür ist der Household Finance and Consumption Survey (HFCS) (vgl. etwa Bach et al. 2015). Unter Verantwortung der ►

3 Das Medianeinkommen ist das Einkommen, das genau in der Mitte liegt, wenn man alle Einkommen der Größe nach anordnet. 2012 lag dieses für einen Einpersonenhaushalt bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von etwa 20.000 €.

Europäischen Zentralbank erheben die nationalen Zentralbanken für den Household Finance and Consumption Survey (HFCs) Daten zur Vermögenssituation, zu Konsumstrukturen, Schenkungen und Erbschaften von Haushalten. Außerdem greift die Forschung zunehmend auch auf unkonventionelle Datenquellen zurück wie etwa die diversen „Global Wealth Reports“ großer Banken (etwa Allianz 2015; Capgemini/RBC Wealth Management 2015; Credite Suisse 2015). Westermeyer und Grabka (2015) etwa verwenden die Reichtumslisten des Forbes-Magazins als Basis für eine Schätzung der Top-Vermögenden in Deutschland. Sie ermitteln, dass sich etwa 15 % des gesamten Privatvermögens allein auf die obersten 0,1 % der Deutschen konzentrieren. Auch die Verwendung von Steuerdaten⁴ gewinnt immer mehr an Bedeutung (Drechsel-Grau et al. 2015).

Der dringende Bedarf an gesicherten Erkenntnissen über die „Superreichen“ ist inzwischen auch in der deutschen Politik angekommen. So hat die Bundesregierung für ihren fünften Armuts- und Reichtumsbericht, der voraussichtlich Mitte 2016 erscheinen wird, ein Gutachten zu den Hochvermögenden in Auftrag gegeben. Dieser neue Fokus ist bemerkenswert, war doch der erste Bericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2001 im Wesentlichen nur ein Armutsbericht: In dem über 200 Seiten starken Bericht ging es auf nicht mal zehn Seiten um Reichtum (BMAS 2001).

2.3 Relative und absolute Armutskonzepte

Die gängige Praxis, Armut anhand der 60 %-Grenze zu messen, ist aktuell stark in der Diskussion. Im März dieses Jahres antwortete die Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles, in deren Zuständigkeitsbereich auch der Armuts- und Reichtumsbericht fällt, in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung auf die Frage nach der Bedeutung der 60 %-Armutsgrenze: „Der Ansatz führt leider schnell in die Irre. [...] Es ist eine relative Größe, die die Einkommensspreizung zeigt, aber nicht die absolute Armut“ (Süddeutsche Zeitung vom 27.03.2015, S. 22). Es stimmt, dass eine solche relative Definition – im Gegensatz zum Konzept der absoluten Armut – nicht das physische Existenzminimum in den Blick nimmt. Sie bezieht sich vielmehr auf das sozio-kulturelle Existenzminimum einer Person und damit auf deren soziale Teilhabe. Genau deswegen aber gilt bei Armut in einem reichen Land wie in Deutschland: arm ist nicht nur, wer nicht genug zum Überleben hat, sondern arm ist auch, wer aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen aus Teilbereichen der Gesellschaft ausgeschlossen ist.⁵ Die Europäische Union (EU) hat dies schon früh erkannt und definiert bereits seit 1984 (!) jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen als arm, „die über so geringe (ökonomische, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Europäischer Rat 1984). Der Bezugspunkt für Armut ist soziale Teilhabe. Und das Ziel von Armutsbekämpfung

muss es sein, die Armen gänzlich in unsere Gesellschaft zu integrieren, nicht nur deren reines Überleben zu sichern. Davon, dass die 60 %-Grenze in die Irre führt, kann also nicht die Rede sein.

3. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Einkommensverteilung und ihre Differenzierung werden maßgeblich geprägt vom gesamtwirtschaftlichen Trend. Insbesondere die Entwicklung der Primäreinkommen wird nur vor diesem Hintergrund verständlich. Ein Blick auf die jüngsten Daten zeigt: Die deutsche Konjunktur hat sich in den letzten Jahren trotz ungünstiger globaler Rahmenbedingungen und der andauernden Konjunkturschwäche im Euroraum gut entwickelt. Auch von der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich Deutschland vergleichsweise schnell erholt. 2009 – auf dem Höhepunkt der Krise – betrug der Einbruch 5,6 %. Doch schon im Folgejahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wieder um 4,1 %. Am aktuellen Rand lag der Zuwachs bei einem Plus von 1,6 % (Tabelle 1). Diese positive Entwicklung der letzten Jahre ist dabei vor allem von der Inlandsnachfrage getragen und von einem positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt angetrieben und sie wird sich voraussichtlich fortsetzen (Horn et al. 2015, S. 13).

Infolge des guten Konjunkturverlaufs hat sich auch der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Während in den allermeisten europäischen Ländern die Arbeitslosenzahlen im Zuge der Krise nach oben schossen und seither auf hohem Niveau verharren, stieg in Deutschland die Zahl der Erwerbslosen krisenbedingt nur kurzfristig an. Der deutsche Arbeitsmarkt erholte sich zudem deutlich früher und deutlich schneller als die Arbeitsmärkte im übrigen Europa. Betrachtet man die längerfristige Perspektive, ergibt sich folgendes Bild: Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich die Erwerbslosenquote innerhalb von nur 15 Jahren, ausgehend von 5,3 % im Jahr 1991, fast verdoppelt (Abbildung 1). Lediglich zwischen 1997 und 2001 kam es zu einem Rückgang. Seit 2005 hat sich der Arbeitsmarkt dann deutlich erholt, die Erwerbslosigkeit ist kontinuierlich gesunken. Erfreulicherweise liegt dies

4 Etwa die World Top Incomes Database von Alvaredo et al. (o.J.)

5 Ein weiteres Argument, das man oft als Kritik an diesem relativen Armutskonzept hört, kann entkräftet werden: dass es bei einer solchen Definition immer Arme gebe, ganz gleich, wie hoch das mittlere Einkommen auch sei. Wenn bei einem Anstieg der mittleren Einkommen die Einkommen der Armen überdurchschnittlich anwachsen, kann die relative Armutsquote auch fast komplett gegen null gehen (Wagner 2015).

TABELLE 1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts*, 2000–2014

Angaben in Prozent

Jahr	Änderung des BIP
2000	+3,0
2001	+1,7
2002	0,0
2003	-0,7
2004	+1,2
2005	+0,7
2006	+3,7
2007	+3,3
2008	+1,1
2009	-5,6
2010	+4,1
2011	+3,7
2012	+0,4
2013	+0,3
2014	+1,6

*Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Destatis, VGR (2014).

WSI Mitteilungen

zumindest in den letzten Jahren auch an einem Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Zugenommen hat dabei neben der Vollzeitbeschäftigung insbesondere die Teilzeitarbeit. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung (Minijobs) ist zunächst steil angestiegen, betrifft aber seit einigen Jahren konstant etwa 5 Mio. Personen (Horn et al. 2015, S. 21). Gleichzeitig hat aber auch bis Mitte der 2000er Jahre der Anteil der atypisch bzw. prekär Beschäftigten stark zugenommen. Im Jahr 2014 lag die Erwerbslosenquote bei 4,7 % und hat damit einen Tiefstand erreicht. Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung verteilt sich allerdings nur ungleich über die Bevölkerungsschichten: Es waren vor allem die oberen Einkommensgruppen, die von der sinkenden Erwerbslosigkeit profitieren konnten; bei den untersten 10 % der Einkommensbezieher hingegen hat sich die Erwerbsbeteiligung seit 2005 kaum verändert (Goebel et al. 2015, S. 577).

Die vergleichsweise positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch in der Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger niedergeschlagen. Hier sind seit der Einfüh-

rung des Arbeitslosengeldes II (ALG II, auch „Hartz IV“ genannt) im Jahr 2005 die Empfängerzahlen rückläufig.⁶ Im Jahr 2006 bezogen 11,1 % der Deutschen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 bzw. 67 Jahre) Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II), also Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld.⁷ 2015 waren es 9,5 %. Diese Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ein stabiles Segment von Personen gibt, die seit der Einführung von ALG II diese Leistung dauerhaft beziehen, was ein deutlicher Ausdruck verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit ist.

4. Funktionelle Einkommensverteilung

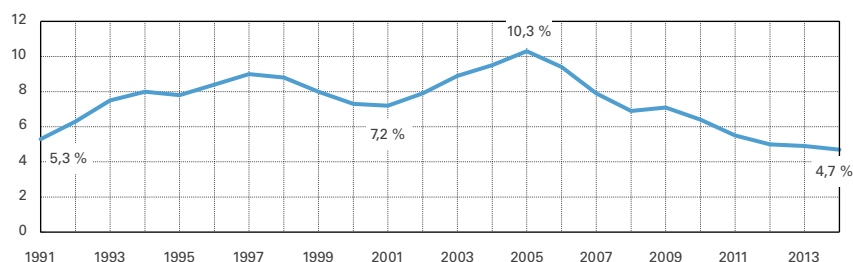
Die gute konjunkturelle Entwicklung hat sich zumindest in den letzten Jahren auch in den Löhnen und Gehältern niedergeschlagen. Nachdem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der ersten Dekade der 2000er Jahre fast durchgehend reale Lohnneinbußen hinnehmen mussten (Tabelle 2; vgl. auch Brenke/Grabka 2011), steigen die realen (preisbereinigten) Löhne und Gehälter seit 2010 wieder an. Zuletzt, das heißt im Jahr 2014, lag der Anstieg gegenüber dem Vorjahr immerhin bei 1,8 %.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist allerdings langfristig, d.h. seit Beginn der 1990er Jahre, der Anteil der Arbeitnehmerereinkommen am Volkseinkommen insgesamt rückläufig (Tabelle 3). Der stärkste Rückgang der Lohnquote fand Anfang der 2000er Jahre statt: Im Jahr 2000 lag die Quote bei 72,5 %; 2007 waren es dann nur noch 65,1 %. Doch schon 2009 lag der Wert wieder bei 69,8 %. Am aktuellen Rand liegt die Lohnquote stabil bei knapp 70 %, der deutliche Rückgang in den 2000er Jahren konnte damit bislang noch nicht ausgeglichen werden. ►

ABB. 1

Entwicklung der Erwerbslosigkeit, 1991 – 2014

Angaben in Prozent*



*Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen. Erwerbslose sind nach dem ILO-Konzept definiert.

Quelle: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/zr_deutschland.html; Darstellung der Autorin.

WSI Mitteilungen

6 Vgl. statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iiiia7/zr-laender-struktur-rev/zr-laender-struktur-rev-d-0.xls (letzter Zugriff 16.10.2015).

7 Sozialgeld wird an Menschen im nicht-erwerbsfähigen Alter gezahlt, die mit Personen zusammenleben, die Arbeitslosengeld II beziehen. Meistens sind dies Kinder.

TABELLE 2

Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter*, 2000–2014

Angaben in Prozent

Jahr	Änderung zum Vorjahr
2000	– 0,4
2001	+ 0,3
2002	0,0
2003	+ 0,1
2004	– 1,1
2005	– 1,3
2006	– 0,8
2007	– 0,9
2008	– 0,2
2009	– 0,4
2010	+ 1,4
2011	+ 1,3
2012	+ 0,8
2013	+ 0,6
2014	+ 1,8

*Veränderung der inflationsbereinigten Bruttolöhne und -Gehälter je Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Destatis, WSI-Tarifarchiv (2014).

WSI Mitteilungen

Diese Entwicklung kommt auch spiegelbildlich in der Entwicklung der Arbeitseinkommen einerseits und der Gewinn- und Vermögenseinkommen andererseits zum Ausdruck. Insgesamt sind, wie *Abbildung 2* zeigt, die Arbeitseinkommen seit Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich angestiegen. Vor allem in den letzten fünf Jahren haben sie sich positiv entwickelt. Alles in allem stiegen sie im hier dargestellten Zeitraum um etwas mehr als 73 Prozentpunkte. Die Gewinneinkommen

und die Arbeitnehmerentgelte entwickelten sich dabei zunächst noch parallel, zwischen 2003 und 2007 schossen Erstere dann aber um fast 60 Prozentpunkte in die Höhe. Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise gingen sie in den Jahren 2008 und 2009 deutlich zurück, der Rückgang war aber bereits 2010 wieder ausgeglichen. Damit sind die Gewinneinkommen im gesamten Zeitraum insgesamt stärker gestiegen als die Arbeitnehmerentgelte. Der Anteil des Arbeitseinkommens am gesamten Volkseinkommen ist seit Beginn der 1990er Jahre insgesamt zurückgegangen. Interessant ist nun, wie sich diese Entwicklung auf die Ungleichverteilung der verfügbaren Einkommen der Haushalte ausgewirkt hat.

5. Einkommensungleichheit

Die gestiegenen Erwerbsquoten und die realen Zuwächse bei den Löhnen und Gehältern haben sich auch in den verfügbaren Haushaltseinkommen niedergeschlagen (Goebel et al. 2015, S. 576). Diese sind seit den 1990er Jahren real angestiegen. Einen deutlichen Einbruch gab es lediglich zu Beginn der 2000er Jahre. Das mittlere Jahreseinkommen (Median) lag für Einpersonenhaushalte zu Beginn der 1990er Jahre inflationsbereinigt bei etwas über 18.000 €; die Höchstwerte im Untersuchungszeitraum lagen in den Jahren 2009/2010 bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von knapp über 20.000 €. Aktuell liegt das Medianeinkommen, in Preisen von 2010, bei rund 19.800 € (Spannagel 2015).

5.1 Entwicklung der Einkommensungleichheit

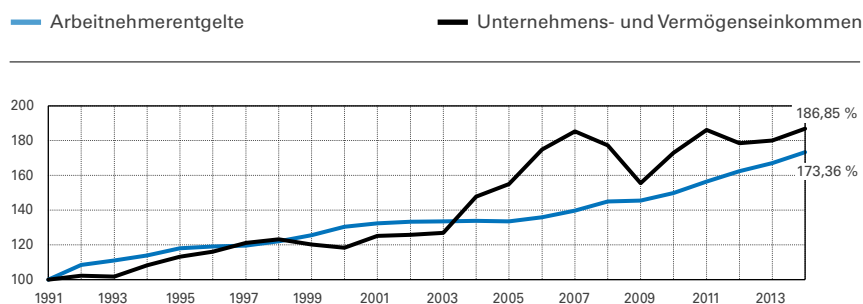
Die in den letzten Jahren gestiegenen Haushaltseinkommen haben jedoch nicht dazu geführt, dass die Einkommensungleichheit sinkt. Das wird in *Abbildung 3* an den Werten des Gini-Koeffizienten deutlich. Der Gini-Koeffizient gibt an, wie ungleich die Einkommen verteilt sind. Dabei gilt: Je höher der Wert des Gini-Koeffizienten, desto höher die Einkommensungleichheit.

Schon auf den ersten Blick erkennt man, dass die Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen seit Beginn der 1990er Jahre stark zugenommen hat. Die erste Hälfte dieses Jahrzehnts ist dabei noch von einem vergleichsweise moderaten Anstieg gekennzeichnet. Mitte dieses Jahrzehnts ist die Einkommensungleichheit sogar leicht rückläufig. Mit dem Jahr 1999 steigt die Konzentration der Einkommen dann aber geradezu sprunghaft an. Angetrieben wird diese Zunahme vor allem durch die wachsende Bedeutung von Kapitaleinkommen (Schmid/Spannagel 2015). Im Jahr 2005 erreicht die Einkommensungleichheit ihren bisherigen Höhepunkt. Danach scheint der Anstieg der Ungleichheit gebremst. Zwischen 2005 und 2010 geht die Konzentration der Einkommen sogar leicht zurück. Auch diese Entwicklung wird insbesondere von den Vermögenseinkommen angetrieben: Diese sind,

ABB. 2

Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und Gewinneinkommen, 1991 – 2014

Angaben in Prozent*



*Veränderung der Arbeitnehmerentgelte und Unternehmens- bzw. Vermögenseinkommen gegenüber dem Basisjahr 1991 (1991 = 100 %).

Quelle: VGR; Berechnungen des WSI, Darstellung der Autorin.

WSI Mitteilungen

krisenbedingt, in diesem Zeitraum rückläufig (Horn et al. 2014). Aktuell steigt die Einkommensungleichheit wieder etwas an. Im Jahr 2012 ist die Konzentration der Einkommen fast wieder auf dem Niveau von 2005. Ob hinter dieser Entwicklung am aktuellen Rand ein erneuter Anstiegstrend steht, lässt sich aktuell noch nicht abschätzen.

Der Aufschwung ist nicht in allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen angekommen, sondern verteilt sich höchst ungleich. So sind in den letzten 15 Jahren die Einkommenszuwächse im obersten Einkommensdezil weit überdurchschnittlich. Bei den unteren 40 % der Einkommensbezieher hingegen waren die verfügbaren Einkommen rückläufig. Selbst im fünften Dezil – und damit in der Mitte der Bevölkerung – sind die Einkommen unter Berücksichtigung der Inflation seit dem Jahr 2000 insgesamt lediglich konstant geblieben (Goebel et al. 2015, S. 576f.).

EU-weit liegt der Gini-Koeffizient 2012 im Durchschnitt bei etwas über 0,3 Punkten. Im europäischen Vergleich ist die Einkommensungleichheit in Deutschland damit leicht unterdurchschnittlich. Der Verlauf der Ungleichheit ähnelt in vielen europäischen Ländern der deutschen Entwicklung (OECD 2015). Allerdings fällt in Deutschland der Anstieg der Ungleichheit zu Beginn der 2000er Jahre am stärksten aus. Am niedrigsten liegt der Gini-Koeffizient in Europa mit etwas weniger als 0,23 Punkten in Norwegen. Die höchste Konzentration der Einkommen herrscht in Lettland. Hier liegt der Gini-Koeffizient bei knapp 0,36.⁸

5.2 Einkommensarmut und Einkommensreichtum

Hinter dem Verlauf der Einkommensungleichheit steht die Entwicklung von Armut und Reichtum. In den Jahren, in denen der Gini-Koeffizient ansteigt, steigen meist sowohl die Armuts- als auch die Reichtumsquote. Insgesamt ist in den letzten Jahrzehnten der Anteil der Personen am unteren wie auch am oberen Ende der Einkommensverteilung größer geworden. Das wird in *Abbildung 4* ersichtlich.

Zunächst zu den Personen, deren verfügbares Haushaltseinkommen über dem Doppelten des mittleren Einkommens liegt, die hier entsprechend der begrifflichen Konvention der Verteilungsforschung als Einkommensreiche bezeichnet werden: Ihr Anteil hat sich zwischen 1991 und 2012 um 2,5 Prozentpunkte von 5,6 auf über 8 % erhöht und zwar vor allem zu Beginn der 1990er Jahre sowie zwischen 2001 und 2006. Rückläufig sind die Reichtumsquoten lediglich zwischen 2005 und 2009. Seitdem nimmt der Anteil der Reichen wieder zu und liegt 2011 wie auch 2012 mit über 8 % auf einem Rekordniveau. Ein detaillierter Blick auf diese Entwicklung zeigt, dass die entscheidenden Veränderungen dabei vor allem an der Spitze der Verteilung stattfinden (Spannagel 2015).

Der Blick auf die Entwicklung der Armut – gemessen als der Anteil der Personen, die in ihrem Haushalt weniger als 60 % des mittleren Einkommens zur Verfügung haben

TABELLE 3

Entwicklung der Lohnquote*, 1991–2014

Angaben in Prozent

Jahr	Bereinigte Lohnquote
1991	69,9
1992	71,3
1993	72,1
1994	71,5
1995	71,4
1996	71,1
1997	70,5
1998	70,5
1999	71,6
2000	72,5
2001	71,7
2002	71,9
2003	72,0
2004	69,0
2005	68,2
2006	65,8
2007	65,1
2008	66,8
2009	69,8
2010	68,1
2011	67,4
2012	69,1
2013	69,3
2014	69,1

*Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen.
Die bereinigte Lohnquote berücksichtigt den Wandel der Erwerbstätigenstruktur.

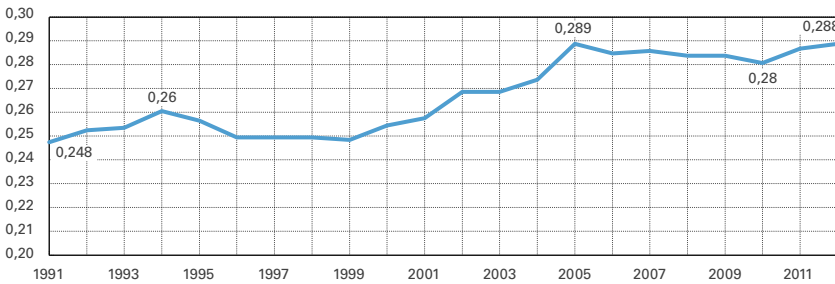
Quelle: VGR, Berechnungen des WSI.

– ergänzt dieses Bild: Hier fällt vor allem der kontinuierliche Anstieg zwischen 1998 und 2009 auf. In diesen Jahren steigt die Zahl der von Armut betroffenen Menschen um fast fünf Prozentpunkte von rund 10,4 % auf über 15 %. Das bedeutet: Im Jahr 2010 lebt mehr als jeder sechste Deutsche in Armut. Das entspricht etwa 12,5 Mio. Personen. Am aktuellen Rand liegt die Armut konstant bei rund 14,4 %. Diese Zahlen zeigen, dass die Armut in Deutschland in den letzten Jahren *trotz* guter konjunktureller Lage und steigender Erwerbstätigkeit nicht zurückgegangen ist. Insbesondere alte Menschen und Arbeitslose sind zunehmend von Armut betroffen (Spannagel/Seils 2014). Europaweit liegen die Armutsquoten im Jahr 2012 zwischen 9,6 % in der Tschechischen Republik und 23,1 % in Griechenland. Deutsch- ►

8 Vgl. <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>, Variable tessi190 (letzter Zugriff 16.10.2015).

ABB. 3

Entwicklung der Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient*), 1991 – 2012



*Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen.

Quelle: SOEP Welle 09-30; Berechnungen und Darstellung der Autorin.

WSI Mitteilungen

land liegt auch hier im Mittelfeld, etwas unter dem EU-Durchschnitt von 16,8 %.⁹

6. Fazit

Die deutsche Konjunktur verläuft aufwärts. Die Zahl der Erwerbslosen hat einen Tiefstand erreicht und seit einigen Jahren steigen auch die realen Löhne und Gehälter wieder. Dennoch geht die Einkommensungleichheit nicht zurück, sondern steigt zuletzt sogar wieder leicht an. Der konjunkturelle Aufschwung schlägt sich nicht in den materiellen

Lebensbedingungen aller Menschen nieder. Es scheint hier vielmehr eine Polarisierung stattzufinden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise von Mitte bis Ende der 2000er Jahre hat die Haushalte an der Spitze der Verteilung nicht nachhaltig betroffen; von dem darauf folgenden derzeitigen wirtschaftlichen Anstieg können die ärmeren Bevölkerungsgruppen nur eingeschränkt profitieren. Hier zeigt sich eine bedenkliche Entkoppelungstendenz: Die tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland sind zunehmend unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Lage. Die sehr Reichen schweben regelrecht über den konjunkturellen Krisen, während viele Arme auch von einem länger andauernden wirtschaftlichen Aufschwung kaum profitieren können. Gleichzeitig steigt der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen. Und damit wächst auch die Bedeutung von privaten Vermögen bzw. Renditen und Kapitalgewinnen. Europaweit hat Deutschland die höchste Vermögensungleichheit (Grabka/Westermeier 2014). Zudem sind Vermögenseinkommen deutlich unabhängiger von der konjunkturellen Entwicklung als dies bei den Erwerbseinkommen der Fall ist. Wenn die Bedeutung von Erwerbseinkommen abnimmt – am oberen Ende zugunsten von Vermögenseinkommen, am unteren zugunsten staatlicher Transferzahlungen – verstärkt das die Entkoppelungstendenz zusätzlich.

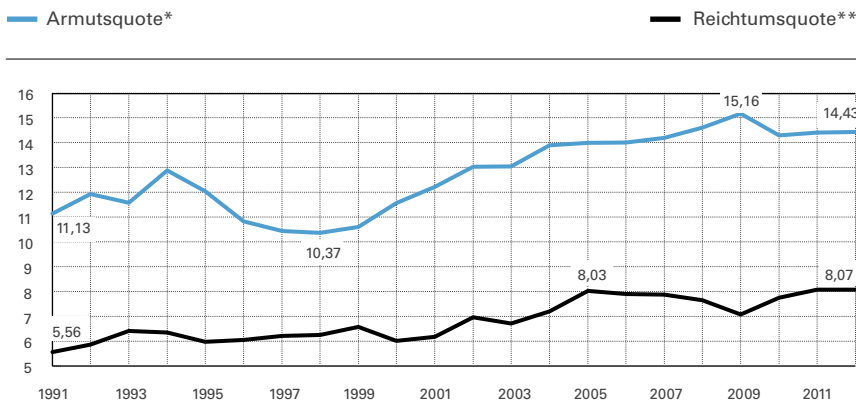
Um der Persistenz der Einkommens- und Vermögensungleichheit wirksam zu begegnen, bedarf es nicht nur einer Fortsetzung der positiven Realeinkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten insgesamt. Gerade am unteren Ende der Einkommensverteilung sind gezielte Maßnahmen nötig und möglich:

Insbesondere gilt es, das Mindestlohniveau zu erhöhen und zugleich einer Aushöhlung des Mindestlohns durch weitere Ausnahmen (etwa für Flüchtlinge) vorzubeugen (vgl. Amlinger et al. 2014). Ein Schlüssel für eine verstärkte Umverteilung von oben nach unten und damit für mehr soziale Gerechtigkeit ist darüber hinaus die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Private Vermögen werden derzeit gar nicht besteuert, sondern nur Kapitalerträge. Hier beträgt der Steuersatz pauschal 25 % – die Umverteilungswirkung dieser Abgeltungssteuer ist marginal. Ein weiterer zentraler Punkt: In Deutschland werden in den nächsten Jahren exorbitante Summen vererbt. Bislang gilt dabei: Wer hat, dem wird gegeben. Wenn die Erbschaftssteuer nicht angehoben und vor allem deutlich progressiver gestaltet wird, wird mit den Vermögen aber auch ein hohes Ausmaß an sozialer Ungleichheit vererbt und damit über Generationen hinweg verfestigt (Bach 2015). Insgesamt gilt: Die Begrenzung der Ungleichheit muss durchaus am unteren Ende des Einkommensreichtums ansetzen, von zentraler Bedeutung ist aber der verteilungspolitische Spielraum bei den „Superreichen“. ■

ABB. 4

Einkommensarmut und Einkommensreichtum, 1991 – 2012

Angaben in Prozent



*Armutsquote: Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 % des Medianeinkommens leben. **Reichtumsquote: Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200 % des Medianeinkommens leben.

Quelle: SOEP Welle 09-30; Berechnungen und Darstellung der Autorin.

WSI Mitteilungen

9 Vgl. <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database> Variable tessi010 (letzter Zugriff 16.10.2015).

LITERATUR

- Allianz** (Hrsg.) (2015): Global Wealth Report 2015, München
- Alvaredo, F./Atkinson, A. B./Saez, E./Piketty, T.** (o.J.): The World Top Incomes Database, <http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu/>
- Amlinger, M./Bispinck, R./Schulten, T.** (2014): Niedriglohnssektor: Jeder Dritte ohne Mindestlohn?, WSI-Report (12), Düsseldorf
- Bach, S.** (2015): Erbschaftssteuer: Firmenprivilegien begrenzen, Steuerbelastungen strecken, in: DIW Wochenbericht 82 (7), S. 111–121
- Bach, S./Giacomo, C./Steiner, V.** (2009): From bottom to top. The entire income distribution in Germany 1992–2003, in: Review of Income and Wealth 55 (2), S. 303–330
- Bach, S./Thiemann, A./Zucco, A.** (2015): The top tail of the wealth distribution in Germany, France, and Greece, DIW Discussion Papers (1502), Berlin
- Brenke, K./Grabka, M. M.** (2011): Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt, in: DIW Wochenbericht 78 (45), S. 3–5
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung)** (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der 1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)** (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn
- Capgemini/RBC Wealth Management** (Hrsg.) (2015): World Wealth Report
- Credite Suisse** (Hrsg.) (2015): Global Wealth Report 2015, Zürich
- Drechsel-Grau, M./Peichl, A./Schmid, K. D.** (2015): Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Spitzeneinkommen – ein Missing-Link, in: Wirtschaftsdienst (10), S. 1–5
- Europäischer Rat** (Hrsg.) (1984): Beschluß des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene, 85/8 EWG
- Goebel, J./Grabka, M. M./Schröder, C.** (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinerziehende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht, in: DIW Wochenbericht 82 (25), S. 571–586
- Grabka, M. M./Westermeier, C.** (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 81 (9), S. 151–164
- Horn, G. A./Behringer, J./Herzog-Stein, A./Hohlfeld, P./Lindner, F./Rietzler, K./Stephan, S./Theobald, T./Tober, S.** (2015): Deutsche Konjunktur trotz globaler Unsicherheit aufwärtsgerichtet. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2015/2016, IMK Report (106), Oktober
- Horn, G. A./Gechert, S./Rehm, M./Schmid, K. D.** (2014): Wirtschaftskrise unterbricht Anstieg der Ungleichheit, IMK Report (97), September
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development)** (Hrsg.) (2015): In it together: why less inequality benefits all, Paris

- Piketty, T.** (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (Hrsg.) (2014): Mehr Vertrauen in Marktprozesse. Jahresgutachten 2014/15, Wiesbaden
- Schmid, K. D./Spannagel, D.** (2015): Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, in: Bofinger, P./Horn, G. A./Schmid, K. D./van Treeck, T. (Hrsg.): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland, Leipzig, S. 238–266
- Schupp, J.** (2015): Überfällige Debatte zur Armutsmessung, Kommentar, in: DIW Wochenbericht 82 (17), S. 440
- Sinn, H.-W.** (2008): Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut, in: Ifo-Schnelldienst 10/2008, S. 14–16
- Spannagel, D.** (2015): Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI-Verteilungsbericht 2015, WSI-Report (26), Düsseldorf
- Spannagel, D./Seils, E.** (2014): Armut in Deutschland wächst – Reichtum auch. WSI-Verteilungsbericht 2014, in: WSI Mitteilungen 67 (8), S. 620–627, http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_52133_52143.htm
- Unger, B./Bispinck, R./Pusch, T./Seils, E./Spannagel, D.** (2013): Verteilungsbericht 2013. Trendwende noch nicht erreicht, WSI-Report (10), Düsseldorf
- Wagner, G. G.** (2015): Die Tücken der Armutsstatistik, Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 05.10., S. 18
- Wagner, G. G./Goebel, J./Krause, P./Pischner, R./Sieber, I.** (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender), in: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2 (4), S. 301–328
- Westermeier, C./Grabka, M. M.** (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 82 (7), S. 123–133

AUTORIN

DOROTHEE SPANNAGEL, Dr., ist Referatsleiterin für „Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik“ im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Armuts- und Reichtumsforschung, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik.

@ dorothee-spannagel@boeckler.de